

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Wie kommt Bremerhaven durch die Coronapandemie?**

Im Vergleich zu vielen deutschen Kommunen verlief die Coronapandemie in Bremerhaven in diesem Jahr bislang glimpflich. Trotz der großen Anstrengungen von Politik und Verwaltung sowie der enormen Disziplin und Kooperationsbereitschaft der Bevölkerung steigt im Zuge der zweiten Infektionswelle nun leider auch hier die Fallzahl beträchtlich. Ende Oktober wurde der kritische Inzidenzwert von 50 überschritten. Zugleich liegt Bremerhaven im Vergleich zur Stadt Bremen nach wie vor auf einem geringeren Niveau (7-Tage-Inzidenz Bremerhaven: 83,2, Bremen: 110,1; Stand vom 8. Dezember 2020).

Aufgrund der neuerlichen Verschärfung des Infektionsgeschehens ist es sinnvoll, eine umfassende Betrachtung der Entwicklungen in Bremerhaven vorzunehmen. Die wirtschaftlichen Folgen insbesondere für Einzelhandel, Gastronomie und Tourismus sind hier ebenso deutlich zu spüren wie andernorts. Kinder, Eltern und pädagogisches Personal in Kitas und Schulen bemühen sich intensiv um die Umsetzung von Schutzmaßnahmen, um trotz allem einen halbwegs stabilen Alltag zu organisieren. Das medizinische Personal in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen steht unter dem besonderen Druck, die Gesundheit der Patientinnen/Patienten und Bewohnerinnen/Bewohner, und auch die eigene, vor dem Hintergrund eines schwer durchschaubaren Infektionsgeschehens sicherzustellen. Menschen mit psychologischen Vorerkrankungen werden von der erneuten Kontakteinschränkung hart getroffen und ringen mit den seelischen Folgen dieser Krise.

Trotz des im Vergleich gemäßigteren Verlaufs der Pandemie dürfen die Herausforderungen für die Bremerhavenerinnen/Bremerhavener also nicht unterschätzt werden. Eine bestmögliche Unterstützung seitens der Landesregierung ist in allen betroffenen Bereichen erforderlich und im Rahmen der bestehenden Zuständigkeiten zu gewährleisten. Eine rückblickende Bestandsaufnahme und eine Analyse der aktuellen Lage soll ein klareres Bild davon zeichnen, wo diese Unterstützung besonders notwendig ist und welche entsprechenden Wege der Senat bislang beschritten hat und künftig beschreiten wird.

Daher fragen wir den Senat:

1. Wie schätzt der Senat das aktuelle Infektionsgeschehen in Bremerhaven ein, und wie bewertet er dessen Verlauf im gesamten Kalenderjahr 2020? (und auch hinsichtlich der Zahl der Neuinfektionen, Positiv-Test-Quote, Hospitalisierungsrate, Letalitätsrate)
2. Wie gut ist Bremerhaven auf einen weiteren Anstieg von Infektionsfällen vorbereitet hinsichtlich
 - a) der Vorräte von Schutzmaterial, Masken, Handschuhe, Schutzkleidung, für medizinisches Personal in Krankenhäusern, Pflege- und Altenheimen,
 - b) der Zahl von verfügbaren Beatmungsgeräten und Intensivbettenkapazitäten,

- c) der personellen Kapazitäten in den Krankenhäusern und im Gesundheitsamt Bremerhaven?
3. Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um insbesondere in Pendelverkehren auf der Zugstrecke zwischen Bremen und Bremerhaven die Einhaltung der Corona-Schutzmaßnahmen (Maskenpflicht) durchzusetzen?
4. Wie stark sind die folgenden Bereiche der Bremerhavener Wirtschaft von den Auswirkungen der Coronapandemie betroffen? (bitte jeweils brancheneinschlägige Kennzahlen – Umsätze, Übernachtungen, Umschlag TEU, et cetera – für dieses Jahr im Vergleich zum Vorjahr anführen sowie Zahl der Insolvenzen)
 - a) Einzelhandel
 - b) Gastronomie
 - c) Kultur- und Veranstaltungswirtschaft
 - d) Hotellerie und Tourismus
 - e) maritime Wirtschaft und Logistik
 - f) Nahrungsmittelwirtschaft
 - g) Sonstige
5. Wie stellen sich die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Bremerhaven bislang dar? Welche Segmente des Arbeitsmarktes – differenziert nach Qualifikation, Alter, Geschlecht und Beschäftigungsform – sind besonders betroffen?
6. Wie hat sich die Lage auf dem Bremerhavener Ausbildungsmarkt entwickelt?
7. Wie bewertet der Senat mit Blick auf Bremerhaven die Wirkungen der bisher aufgelegten Hilfsprogramme des Bundes und des Landes sowie der Kurzarbeitsregelungen zur Unterstützung negativ betroffener Betriebe?
8. Wie bewertet der Senat die bisherigen Fortschritte in der Digitalisierung der Bremerhavener Bildungseinrichtungen zur Bewältigung der Pandemie, hinsichtlich
 - a) der Bereitstellung von digitalen Endgeräten für Schülerinnen/Schüler und Lehrkräfte sowie der Gewährleistung eines Internetzugangs,
 - b) der Verfügbarkeit von Schulungsangeboten für Lehrkräfte, Schülerinnen/Schüler und Eltern zum Umgang mit diesen Geräten und den einschlägigen Lernplattformen,
 - c) der Gewährleistung einer ausreichenden Zahl von Betreuungsangeboten für Kinder von null bis sechs Jahren,
 - d) der Gewährleistung des Lehrbetriebs an der Hochschule Bremerhaven?
9. Welche Kenntnisse hat der Senat zu den sozialen und psychosozialen Folgen der Pandemie in Bremerhaven, hinsichtlich
 - a) der Nachfrage nach Lebensmitteln bei Tafeln und der damit verbundenen Entwicklung der Armutsquote,
 - b) der Nachfrage nach Plätzen in Frauenhäusern und der damit verbundenen Entwicklung des Ausmaßes häuslicher Gewalt,
 - c) der Entwicklung der Zahl der Inobhutnahmen von Kindern und vergleichbaren Maßnahmen im Kinder- und Jugendbereich,
 - d) der Nachfrage nach psychologischen Betreuungsangeboten und der damit verbundenen Entwicklung seelischer Belastungen, zum Beispiel durch Isolation und Einsamkeit)?

10. Welche Erkenntnisse hat der Senat insbesondere zur Lage Alleinerziehender?
11. Welche Maßnahmen zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation in Bremerhaven wurden bisher aus dem Bremen-Fond finanziert und in welchem Umfang? (Bitte um tabellarische Auflistung)
12. Welche sonstigen Maßnahmen hat der Senat bisher ergriffen und plant er zu ergreifen, um die Kommune Bremerhaven bei der Bewältigung der gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu unterstützen?
13. Wie gestaltet sich und wie bewertet der Senat die Zusammenarbeit zwischen Bremerhaven und den direkt angrenzenden Landkreisen Cuxhaven und Wesermarsch zur Eindämmung der Folgen der Pandemie?

Sülmez Dogan, Maurice Müller, Dorothea Fensak,
Dr. Henrike Müller, Björn Fecker und Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen